Hansestadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss III/15
Sitzungstag:	Dienstag, den 16.04.2013
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:54 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2013/137

1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW - entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Anregung zur Einhaltung des von Ex-Bürgermeister Forsting öffentlich in Sachen Regenwasser-Kanalgebühr abgegebenen Versprechen „Keiner braucht klagen – Der Ausgang der anhängigen Klageverfahren wird auf alle Gebührenzahler angewendet“;
Bürgeranregung vom 30.11.2012
Vorlage: V/2013/939

1.4.2. Bestellung eines/r Delegierten für die Verbandsversammlung des Wupperverbandes
Vorlage: V/2013/972

1.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse

1.5.1. Teilentwidmung des Friedhofes Kreuzberg
Vorlage: V/2013/945

1.6. Beschlussempfehlungen an den Rat

1.6.1. Shared Services; öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung eines "Zentralen Zahlungs- und Forderungsmanagements"
Vorlage: V/2013/963

1.7. Anfragen

1.7.1. Mühlenberghalle - Architektenaussagen als Grundlage der Ratsentscheidung;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 22.03.2013
Vorlage: F/2013/142

1.8. Anträge

1.8.1. Beratungsgremium / Arbeitskreis für Fragen des demografischen Wandels;
Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 16.01.2013
Vorlage: A/2013/124

1.9. Mitteilungen

1.9.1. Planungskosten und Beratungsleistungen, Rahmen- und Pauschalverträge 2011 bis 2013
Vorlage: M/2013/172

1.9.2. Freiwillige Leistungen 2011 bis 2013
Vorlage: M/2013/173

1.9.3. Ausschreibung der Gebäudereinigung
Vorlage: M/2013/174

1.9.4. Sachstandsbericht Mühlenberghalle, mündlicher Bericht der Verwaltung

1.10. Verschiedenes

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW

2.3.1. Erschließung des Bebauungsplans 91, Gewerbegebiet Niederklüppelberg
Übernahme eines Regenklärbeckens
Vorlage: V/2013/954

2.3.2. Grünflächenpflege in Wipperfürth,
Durchführung von Pflege- und Unterhaltungsarbeiten in Wipperfürth
Vorlage: V/2013/955

2.3.3. Beauftragung und Mittelbereitstellung für Beratungs- / Unterstützungsleistungen bei den Jahresabschlüssen 2008 bis 2010
Vorlage: V/2013/964

2.3.4. Substanzsanierung der Schäden der Schadensklasse Null im öffentlichen Kanalnetz für die Jahre 2012-2013
Vorlage: V/2013/974

2.4. Beschlüsse

2.4.1. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen

2.4.2. Verkauf eines städtischen Grundstücks im Gebiet des B-Planes 48.3.a - Gewerbe West - Egener Straße
Vorlage: V/2013/975

2.4.3. Ankauf einer Grundstücksteilfläche an der Egener Straße
Vorlage: V/2013/976

2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

2.6. Beschlussempfehlungen an den Rat - entfällt -

2.7. Anfragen - keine -

2.8. Anträge - keine -

2.9. Mitteilungen

2.9.1. Situation Alte Drahtzieherei; mündlicher Bericht der Verwaltung

2.10. Verschiedenes

2.10.1. Personalangelegenheit; Einstellung des Leiters für den gemeinsamen Baubetriebshof

Hansestadt Wipperfürth

A N W E S E N H E I T S L I S T E

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses,
am *16.04.2013*
von *17:00* Uhr bis *18:54* Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

von Rekowski, Michael	parteilos	Bürgermeister

Ratsmitglieder

Berster, Heribert	CDU	
Billstein, Regina	SPD	ab TOP 1.4.1 (17.06 Uhr)
Blechmann, Karin	SPD	ab TOP 1.1.2 (17.05 Uhr)
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Börsch, Thomas	UWG	für Koppelberg, Harald
Brachmann, Peter	SPD	
Dellweg, Friedel	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Klett, Stefan	CDU	von TOP 1.4.1 (17.06 Uhr) bis 2.4.3 (18.48 Uhr)
Lambert, Bernd	CDU	
Mederlet, Frank	SPD	ab TOP 1.6.1 (17.12 Uhr)
Palubitzki, Lothar	CDU	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schnepper, Josef W.	FDP	ab TOP 1.4.1 (17.06 Uhr)
Stefer, Michael	CDU	
Stein, Günter	SPD	

Verwaltungsvertreter/in

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Persian, Dietmar	intern	Leiter RGM, bis TOP 1.8.1 (18.12 Uhr)
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR

Es fehlten: . / .

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt. Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden, wegen des engen sachlichen Zusammenhangs die Mitteilung zum TOP 1.9.4 unmittelbar im Anschluss an die Behandlung der Anfrage zu TOP 1.7.1 zu beraten.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2013/137

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW
- entfällt -

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Anregung zur Einhaltung des von Ex-Bürgermeister Forsting öffentlich in Sachen Regenwasser-Kanalgebühr abgegebenen Versprechen „Keiner braucht klagen – Der Ausgang der anhängigen Klageverfahren wird auf alle Gebührenzahler angewendet“;
Bürgeranregung vom 30.11.2012
Vorlage: V/2013/939

Beschluss:

1.) Die Bürgeranregung wird aus den in der Begründung dargestellten Gründen abgelehnt.

2.) Der Antragsteller ist über diesen Beschluss zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt, aus der Vorlage ergebe sich, wie die Verwaltung die damalige Aussage von Herrn Bürgermeister Forsting auslege. Sie sei danach ausschließlich auf die grundsätzliche Umstellung auf den flächenbezogenen Maßstab bezogen gewesen. Auf die darüber hinaus gehende Problematik im Zusammenhang mit gebührenrechtlichen Fragen sei sie nicht anzuwenden.

Im Zuge der Jahresabschlüsse habe die Verwaltung die Gebührenkalkulationen auch rückwirkend bis 2007 auf dem Prüfstand. Sie werde prüfen, ob bei der tatsächlichen Nachkalkulation der Abwasserbeseitigungsgebühren möglicherweise Über- oder Unterdeckungen entstanden sind. Sollten in den Gebührenbescheiden tatsächlich zu hohe Gebühren in Rechnung gestellt worden sein, werde dies bei zukünftigen Kalkulationen entsprechend berücksichtigt. Auf Nachfrage des Ratsherrn **Stein** teilt er mit, dass derzeit keine Verfahren mehr anhängig seien und erläutert den Verfahrensverlauf bzw. das Ergebnis.

1.4.2 Bestellung eines/r Delegierten für die Verbandsversammlung des Wupperverbandes

Vorlage: V/2013/972

Beschluss:

Als stimmberechtigter Delegierter der Hansestadt Wipperfürth für die Verbandsversammlung des Wupperverbandes wird für fünf Jahre Ratsherr Norbert Grüterich bestellt.

Dieser Beschluss ergeht im Wege einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Als Delegierten schlägt Ratsherr **Scherkenbach** Herrn Grüterich vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse

1.5.1 Teilentwidmung des Friedhofes Kreuzberg

Vorlage: V/2013/945

Beschluss:

1. Dieser Beschluss ergeht im Wege der Dringlichen Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW. Die Dringliche Entscheidung ist damit begründet, dass der Oberbergische Kreis zeitnah die weitere Planung und Ausschreibung vornehmen muss, um die Baumaßnahme möglichst in den Sommerferien 2013 durchführen zu können.

2. Auf Grundlage des Gesetzes über das Bestattungs- und Friedhofswesen (Bestattungsgesetz – BestG NRW) vom 4. Juni 2003 und der Friedhofssatzung der Stadt Wipperfürth vom 19.11.2003 in der Fassung der II. Änderungssatzung vom 17.12.2009 wird die in der Anlage eingezeichnete Fläche von ca. 118 qm des Friedhofes Kreuzberg formell entwidmet und verliert dadurch ihre Zweckbestimmung als Ruhestätte der Toten. Auf dieser Fläche können künftig keine Bestattungen mehr vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6 Beschlussempfehlungen an den Rat

1.6.1 Shared Services; öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung eines "Zentralen Zahlungs- und Forderungsmanagements" Vorlage: V/2013/963

Beschluss:

Im Rahmen des Projektes "Shared Services" wird dem Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Schloss-Stadt Hückeswagen über die Einrichtung eines **"Zentralen Zahlungs- und Forderungsmanagements"** zugestimmt:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.7 Anfragen

1.7.1 Mühlenberghalle - Architektenaussagen als Grundlage der Ratsentscheidung; Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 22.03.2013

Vorlage: F/2013/142

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung. Ratsherr **Mederlet** dankt zunächst dafür, dass mit der Hans-Herman-Voss-Stiftung erfolgreich verhandelt worden ist, was letztlich auch dem Sport-Standort Wipperfürth helfe.

Für die SPD-Fraktion sei die Grundlagenermittlung insofern sehr wichtig gewesen, dass sie letztendlich zum Sanierungsbeschluss des Rates geführt habe. Er erinnere in diesem Zusammenhang auch an die von seiner Fraktion geforderte Matrix. Die Fraktion sei immer von einer Generalsanierung ausgegangen, denn nur eine solche könne man mit einem Hallenneubau vergleichen. Die Entscheidung des Rates basierte auf dieser Grundlage einschließlich der Annahme, dass die Multifunktionalität der Halle sicher gestellt wird. Der Bauausschuss werde das Objekt nach dem Willen des Rates kontinuierlich begleiten. Die Anfrage sei insofern eine Momentaufnahme.

Ob der Optimismus gerechtfertigt sei, dass die Summe von 3,5 Millionen € ausreicht, werde sich noch zeigen müssen, wenn man bedenke, dass laut Vorlage der

10-%ige Sicherheitsaufschlag in Teilbereichen bereits jetzt verbraucht sei. Er geht im Weiteren auf die Diskussionen und Auskünfte bezüglich des Hallenbodens ein; die Türen und bestimmte Griffe genügten plötzlich den Brandschutzanforderungen nicht mehr, ein zusätzlicher Fluchtweg müsse geschaffen werden, Holzverkleidungen müssten erneuert werden. Unter diesen Umständen müsse man skeptisch sein, ob die veranschlagte Summe und der veranschlagte Sicherheitszuschlag am Ende ausreicht. Die Entscheidungsgrundlage sollte deshalb für die Entscheider dafür ausreichen, sicher zu sein, was auf Dauer die preiswertere Lösung sei, ein Neubau oder eine Generalsanierung. Sicher werde man an anderer Stelle noch genauer auf Einzelheiten eingehen können. Die Antworten der Verwaltung seien zum Teil doch noch sehr nebulös.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, Rat und Verwaltung hätten versucht, den besten Weg zu finden, und die Verwaltung stehe weiter zu einer Hallensanierung. Ihr sei bewusst gewesen, dass Altbausanierungen immer auch komplex seien und unschöne Dinge auftauchen können; aber auch bei einem Neubau an der dafür vorgesehenen Stelle zwischen den beiden Schulen hätten aufgrund der Bodenverhältnisse Überraschungen auftreten können.

Er führt den Hallenboden als typisches Beispiel dafür an, dass es in einem laufenden Planungsprozess erlaubt sein muss, andere Lösungen zu favorisieren, wenn man aus guten Gründen zu anderen Überzeugungen kommt.

An dieser Stelle wird TOP 1.9.4 beraten; innerhalb dieser Niederschrift bleibt die Reihenfolge gemäß Tagesordnung erhalten.

1.8 Anträge

1.8.1 Beratungsgremium / Arbeitskreis für Fragen des demografischen Wandels; Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 16.01.2013

Vorlage: A/2013/124

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.10.2013 auf Gründung eines Gremiums, welches sich mit den Fragen des demografischen Wandels auseinander setzt, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme

****

Ratsherr **Schmitz** begründet den Antrag seiner Fraktion in einem längeren Vortrag auch mündlich. Es gehe beim demografischen Wandel zum einen um die wahrscheinlich unausweichlichen Folgen, zum anderen aber darum, politisch zu entscheiden, wie man möglicherweise eine Trendumkehr erreichen kann. Frühere Generationen hätten unbewusst Entscheidungen getroffen, die uns heute Probleme bereiten. Deshalb gelte es, die Dinge aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Eine besondere Rolle spiele dabei die Großflächigkeit der Stadt und der Bedarf, auch über die erforderliche Ausstattung zu verfügen. Es gehe bei Angelegenheiten des demografischen Wandels um ein Standortthema von ganz besonderer Bedeutung, die nach seiner Meinung bisher nicht erkannt worden ist.

Die regelmäßigen Tagesordnungspunkte in den Ausschusssitzungen seien in erster Linie lediglich Beschreibungen dessen, was andere auf dem Gebiete tun. Der damals auf Antrag der CDU-Fraktion gefasste Beschluss zum demografischen Wandel sei nur in wenigen Punkten umgesetzt. Dabei seien die Handlungsfelder seinerzeit richtig beschrieben gewesen; aber auch Themen wie der Tourismus etwa oder veränderte Strukturen im ländlichen Raum müssten unter Demografieaspekten in den Blick genommen werden. Viele sinnvolle Dinge seien in den Dörfern als Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht worden, die aber alle für sich genommen nicht zur Sicherung der Attraktivität der Dörfer führten. Im Gegensatz zur Innenstadt mit dem Integrierten Handlungskonzept gebe es Vergleichbares für die Dörfer und für die Randbereiche nicht. Das InHK beleuchte zunächst nicht einzelne Themen, sondern die gesamte Struktur.

Das Argument, keine personellen Ressourcen zu haben, könne er nicht nachvollziehen. Hier personell zu „investieren“, würde sich insbesondere im Hinblick auf Standortaspekte zukünftig auszahlen.

Bürgermeister **von Rekowski** weist auf die Wichtigkeit des Themas hin, das dem Rat in ganz vielen Bereichen begegnet und das Handlungen erfordert. Jeder wisse aber auch, dass es bei zahlreichen Gelegenheiten sowohl in den Gremien der Stadt als auch bei Aktionen auf Initiative der Bevölkerung verfolgt werde. Die Bildung eines zusätzlichen Ausschusses wäre personalmäßig derzeit aufgrund der vielerorts bestehenden Engpässe nicht zu bewältigen, dies auch angesichts der angesprochenen vielfältigen Themen mit demografischen Auswirkungen. Ein Workshop, wie ihn die Verwaltung ins Spiel gebracht habe, sei keine feste Einrichtung wie ein Ausschuss oder ein Arbeitskreis. Er solle vielmehr dazu dienen, speziell auf Wipperfürth zugeschnitten mit Teilnehmern aus Rat und Verwaltung sowie mit externem Input einmal zu erarbeiten, ob das bisher Installierte

- richtig und ausreichend ist
- oder nur noch nicht ausreichend genutzt wird
- oder als ständige Angelegenheit im HFA ansteht mit Berichtspflichten der anderen Ausschüsse dem HFA gegenüber.

Diese Fragen seien heute noch nicht abschließend zu klären.

Nur über diese „Brücke“ Workshop sei die Empfehlung der Verwaltung zu verstehen, den Antrag abzulehnen und nicht deshalb, weil sie die Bedeutung des Themas nicht sehe bzw. anerkenne.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Das heiße nicht, dass die Fraktionen des Rates nicht an demografierelevanten Themen interessiert seien. Dafür nennt er verschiedene Anfragen und Anträge seiner Fraktion. Ein Gremium zu bilden, um Konzepte von A nach B zu übertragen, sei auch der falsche Weg aus der Sicht der Dörfer, die alle viel zu unterschiedlich strukturiert seien. Er regt an, Vertreter des Demografieforums in den ASU oder in den ASS einzuladen, um mehr darüber zu erfahren, wie bereits gemeindeübergreifend an Demografiethemen gearbeitet wird. Die Ausschüsse müssten bei ihren Entscheidungen und Empfehlungen jeweils die demografischen Auswirkungen mit bedenken. Rat und Verwaltung seien in vielerlei Hinsicht tätig, um Aspekte des demografischen Wandels zu berücksichtigen. Er unterstützt die Idee eines Workshops.

Ratsherr **Mederlet** weist darauf hin, dass der Rat die Arbeit der Ausschüsse vor einigen Jahren ganz bewusst auf wenige Gremien konzentriert und ihre Zuständig-

keiten zusammengeführt habe, dies auch vor dem Hintergrund, nicht nur vernetzt zu denken, sondern auch vernetzt zu handeln. Er weist auf die intensive Behandlung von Themen mit Demografieaspekten in den Fachausschüssen hin, etwa in Bezug auf die Schulentwicklungsplanung und auf den Flächennutzungsplan mit vielen Fachbeiträgen. Die Fragen der innerstädtischen Entwicklung, aber auch der Entwicklung der Dörfer und ländlichen Gebiete seien sehr wohl in der aktuellen Diskussion. Ein weiteres Gremium werde aus Sicht der SPD-Fraktion den Blick auf die Problematik des demografischen Wandels nicht verschärfen. Das derzeitige Instrumentarium mit den vorhandenen Ausschüssen und deren Zuständigkeiten reiche auch zukünftig aus. Gegen einen Workshop sei nichts einzuwenden, wenn man zuvor genau dessen Zielsetzung überlegt habe.

Ratsfrau **Billstein** unterstützt den Vorschlag des Bürgermeisters, einen Workshop anzubieten, der sicherlich dazu beitragen würde, den Blick auf die Problematik des demografischen Wandels zu schärfen und den bisherige Umgang von Rat und Verwaltung mit dem Thema noch einmal kritisch zu überprüfen.

Ratsherr **Schnepper** spricht sich gegen die Schaffung eines zusätzlichen Gremiums aus, unterstützt aber auch die Idee eines Workshops.

Ratsherr **Börsch** hält es für sinnvoll, als Alternative zu einem zusätzlichen Gremium demografisch relevante Themen in den jeweils zuständigen Fachausschüssen intensiver zu behandeln.

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass ungeachtet der anstehenden Abstimmung über den Antrag in der Sache allgemein gewünscht wird, dass zu einem extern moderierten Workshop eingeladen werden soll.

Anschließend lässt er über den Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen.

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Planungskosten und Beratungsleistungen, Rahmen- und Pauschalverträge 2011 bis 2013

Vorlage: M/2013/172

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, er werde vor dem Hintergrund, dass die Beratungs- und Planungsleistungen laut Vorlage in einigen Bereichen doch recht hoch sind, einen Antrag zur Ratssitzung am 7. Mai stellen. Geprüft werden sollte, auch gemeinsam mit dem PEK-Berater, ob derartige externe Leistungen nicht reduziert werden können durch eine Erhöhung projektbezogener eigener Personalkapazitäten. Dies beziehe sich insbesondere auf die Bereiche Planung und Regionales Gebäudemanagement. Dem schließt sich Ratsherr **Schnepper** an.

Bürgermeister **von Rekowski** und StOAR **Willms** erläutern die Gründe für zwischenzeitlich höhere Rechtsberatungskosten, insbesondere im Bereich des RGM.

1.9.2 Freiwillige Leistungen 2011 bis 2013
Vorlage: M/2013/173

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Haupt- und Finanzausschuss im Anschluss an Beantwortung von Fragen des Ratsherrn **Bongen** zur Kenntnis.

1.9.3 Ausschreibung der Gebäudereinigung
Vorlage: M/2013/174

Die schriftliche Miteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Haut- und Finanzausschuss im Anschluss an die Beantwortung von Fragen des Ratsherrn **Scherkenbach**, betreffend die Form der Ausschreibung, den Grund für die Einschaltung eines externen Büros zur Ausschreibung, die Reinigungsintervalle und die Anzahl der noch vorhandenen eigenen Reinigungskräfte, zur Kenntnis.

1.9.4 Sachstandsbericht Mühlenberghalle, mündlicher Bericht der Verwaltung

Stadtkämmerer **Trompetter** stellt fest, dass zum Zeitpunkt der Bauausschusssitzung überhaupt noch nicht überblickt werden konnte, ob die Summe von 3,5 Millionen € ausreichen. Insofern sei sein Hinweis richtig gewesen, zunächst einmal das Ergebnis der Ausschreibung abzuwarten.

Herr **Persian** bestätigt dies; die Vorlage im Bauausschuss sollte aufzeigen, welche Dinge im Laufe der letzten Wochen, zum Teil auch für die Verwaltung überraschend, dazu gekommen seien. Dies berge gewisse Risiken für eine Kostenüberschreitung, die aber noch nicht feststehe. Ob ein Sicherheitszuschlag von 10 % oder 5 oder 15 % angemessen sei, hänge von der Einschätzung des Architekten ab. Derzeit laufe noch die Ausschreibungsfrist. Es gebe mehr als 25 Gewerke. Ausschreibungsunterlagen würden derzeit immer noch verschickt, die ersten Submissionen seien in dieser Woche. Anfang Mai lägen die letzten Submissionsergebnisse vor. In den Osterferien seien erste Vorarbeiten erfolgt. Die Lüftungsanlage sei entfernt worden, gewisse Aufräumarbeiten seien erledigt worden. Mit den eigentlichen Bauarbeiten könne dann im Juni begonnen werden. Ab Pfingsten sei die Halle für den normalen Trainings- und Sportbetrieb gesperrt.

Einige Dinge an der Halle, die er im Einzelnen erläutert, könnten nur deshalb berücksichtigt werden, weil es die erfreuliche Bezuschussung durch die Hans-Hermann-Voss-Stiftung gibt. Dafür sei noch die Zustimmung des Rates erforderlich.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, es würden Dinge mitfinanziert, die ohnehin vorgesehen seien, andere wünschenswerte Dinge würden durch eine Zweckbindung der Zuwendungen auf der Grundlage des Stiftungszwecks der Jugendförderung zusätzlich eingeplant werden können. Bei dem in der Presseberichterstattung angesprochenen Foyer handele es sich im Übrigen nicht um einen zusätzlichen Raum, sondern um eine Verbesserung vorhandener Räumlichkeiten im Eingangsbereich der Halle und auf der Ebene des Hallenbodens, etwa für Catering-Zwecke.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, es sei unverständlich, dass auch auf die ständige Forderung nach belastbaren Zahlen diese Summe für die Sanierung schon heute nicht mehr belastbar seien, bevor überhaupt „die erste Schraube in die Wand gedreht wird“. Scheinbar gebe es unterschiedliche Auffassungen davon, was belastbare Zahlen sind. Jeder wisse, dass Brandschutzmaßnahmen eine der kostenträchtigsten Positionen bei Altbausanierungen ist. Aber auch bei einem Hallenneubau gebe es Kostenrisiken, zum Beispiel bezogen auf die Bodenverhältnisse. Die CDU-Fraktion stehe deshalb nach wie vor dazu, dass die Entscheidung pro Sanierung die richtige sei. Nach dem Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse werde man neue Erkenntnisse haben. Die Verwaltung fordere er aber auf, die Sanierungsmaßnahme unter ständiger Kontrolle zu halten, um unvorhersehbare Sachen sofort zu erkennen und zu begleiten. Zur Politik in Form von Rat, HFA und Bauausschuss genauso wie zu den Vereinen hin sollte die Maßnahme jederzeit transparent sein.

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt auf Nachfrage des Ratsherrn **Schmitz**, bei einer Entscheidung über die Frage nach Neubau oder Sanierung seien sowohl die Bausummen als auch die jährliche haushaltsmäßige Belastung der Stadt wichtige Entscheidungskriterien.

Bürgermeister **von Rekowski** teilt auf Anfrage der Ratsfrau **Billstein** mit, dass ein Förderantrag an die Hans-Hermann-Voss-Stiftung inhaltlich anders ausgesehen hätte, wäre es zu einer Neubauentscheidung gekommen. Eine Antwort auf die Frage, ob der Zuschuss in diesem Falle besser hätte verwandt werden können, würde rein hypothetisch sein.

1.10 Verschiedenes - entfällt -

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski - Bürgermeister -	Reinhard Breuer - Schriftführer -